

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band: 58 (1966)
Heft: 7-8

Artikel: Der Kampf gegen die Armut in den USA
Autor: Adam, Robert
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-354242>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 18.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Der Kampf gegen die Armut in den USA

Ueber den Stand des Kampfes gegen die Armut, den Präsident Johnson gleich nach Regierungsantritt als eines der wichtigsten Ziele bezeichnet hat, hat vor kurzem der Führer in diesem Feldzug, Sargent Shriver, der als Leiter des Peace Corps sich große Verdienste erworben und den unbestrittensten Erfolg unter der Regierung seines Schwagers, des Präsidenten Kennedy, errungen hat, der Wochenzeitschrift «US News and World Report» ein Interview gegeben, das in der Ausgabe vom 28. Februar 1966, S. 64 ff., wiedergegeben ist.

Vorweg ist festzustellen, daß die Ausweitung des Krieges in Vietnam bisher keine Einschränkung sozialpolitischer Maßnahmen gebracht hat. Daß dieser Krieg im Voranschlag für das Haushaltsjahr 1967 (1. Juli 1966 bis 30. Juni 1967) mit 10,3 Milliarden Dollar angesetzt ist, was noch nicht einmal 1,5 Prozent der Nationalproduktion von geschätzten 700 Milliarden darstellt, ist wohl der sinnfälligste Beweis für die ungeheure Wirtschaftskraft des Landes. Vor die Alternative «Kanonen oder Butter» sind die USA wahrlich noch nicht gestellt. Präsident Johnson hat in der Botschaft, mit der er den Haushaltvoranschlag dem Kongreß zugeleitet hat, erklärt:

Wir können nicht für Friede und Freiheit in Vietnam kämpfen, während wir zu Hause Würde und Vorwärtskommen des einzelnen opfern; denn es würde ein hohler Sieg werden, wenn unser Streben nach einem Weltfrieden auf Kosten unserer Fortschritte im Innern ginge. Wir müssen auch einsehen, daß eine wahre Great Society über ihre Grenzen hinausieht. Freiheit, Gesundheit und Vorwärtskommen der ganzen Menschheit sind ihre wahren Ziele. Der Kampf in Vietnam muß aufrechterhalten werden. Das Vorwärtsschreiten in Richtung einer Great Society zu Hause muß ungeschmälert bleiben. Dieser Bundeshaushalt sieht die Mittel für diese beiden Ziele vor.

An der für europäische Verhältnisse eminent hohen Begrenzung des Begriffs «Armut», die auch in den USA vielfach angegriffen wurde, wird festgehalten. Shriver setzt die Grenze für eine Familie mit zwei Kindern mit 3130 Dollar im Jahr sogar etwas höher als bisher mit 3000 Dollar. Für die Einzelperson werden 1500 Dollar als Grenze betrachtet, für eine Familie mit sieben Köpfen 5100 Dollar. Bei Umrechnung in europäische Währungen muß man diese Beträge im Hinblick auf die geringere Kaufkraft des Dollars in den USA mit etwa fünf Achtern ansetzen.

Bei Beginn des Kampfes waren 35 Millionen Amerikaner «arm». Präsident Johnson hat Anfang des Jahres 1966 in seinem Wirtschaftsbericht an den Kongreß gesagt, daß inzwischen 2,2 Millionen die Armutsgrenze überschritten haben, so daß noch 32,8 Millionen, gleich 17 Prozent der Gesamtbevölkerung, unter den Begriff fallen. Bis Ende des Jahres hofft man, auf 31 Millionen zu kommen.

Von der armen Bevölkerung leben 45 Prozent auf dem Land, 55 Prozent in den Städten. 70 Prozent sind Weiße, 30 Prozent Nicht-weiße; 15 Millionen sind Kinder, 5 Millionen alte Leute.

Finanzielle Erleichterung bringt schon die Teilnahme eines Jugendlichen am Job Corps, das jungen Männern und Frauen zwischen dem 16. und 21. Lebensjahr Möglichkeiten der Anlernung für einen Beruf und nach Beendigung der Anlernzeit eine Stelle (job) verschafft. Nimmt man das durchschnittliche Jahreseinkommen der Familien mit 1800 Dollar an und sendet der Teilnehmer sein Taschengeld von 600 Dollar heim, so erhöht sich das Familieneinkommen um einen Drittel; die Familie ist außerdem durch den Wegfall eines Mitglieds entlastet.

Ziffernmäßig haben sich die Erwartungen für das Job Corps nicht erfüllt. Man hatte gehofft, bis zum Ende des Rechnungsjahres 1965 (30. Juni 1965) auf 100 000 Teilnehmer zu kommen. Gegenwärtig sind es aber erst 30 000; man glaubt, bis Ende des Rechnungsjahres 1966 auf 50 000 zu kommen. Die Kosten pro Teilnehmer für die durchschnittliche Anlernzeit von neun Monaten sind mit 4500 Dollar sehr hoch und werden vielfach kritisiert. Das vorzeitige Verlassen, das freigestellt ist, beläuft sich auf 27,9 Prozent der Teilnehmer; scheidet man den ersten Monat aus, so ist die Rate 10 bis 12 Prozent niedriger. Bei dem allgemeinen Mangel an Lehrkräften hat die Beschaffung von Leitern des Job Corps anfangs Schwierigkeiten bereitet, aber die Neuheit der Idee hat genügend ideal Gesinnte angezogen. Die Bezahlung entspricht derjenigen von Lehrkräften an Schulen von gehobener Qualität.

Bedeutend billiger, weil hier die Unterbringung in Lagern entfällt, kommt mit 1100 Dollar das Neighborhood Youth Corps zu stehen, das Freiwillige vor oder nach Beendigung der Schulpflicht im sozialen Sektor beschäftigt, um den einzelstaatlichen und lokalen Behörden im Kampf gegen die Armut beizustehen. Es wurde damit ein Plan des Präsidenten Kennedy aufgegriffen, der mit einem Domestic Peace Corps (häuslichen Friedenskorp) eine Parallele zu dem so erfolgreichen auswärtigen Peace Corps für die Entwicklungsländer schaffen wollte, aber im Kongreß keinen Anklang fand.

Das Work Experience Program, das gegenwärtig 107 000 Arbeitslose, vor allem Familienväter, auf einen Mangelberuf umschult, hat in Chicago die Zahl der Familien, die von öffentlicher Unterstützung leben, um 8 Prozent gemindert. Ungefähr die Hälfte derer, die sich der Umschulung unterzogen haben, haben innerhalb von drei Monaten nach Ausscheiden einen Arbeitsplatz erhalten. Während der Anlernzeit werden die sozialen Leistungen der Einzelstaaten und lokalen Körperschaften im bisherigen Umfang gewährt, vom Bund ergänzt, wenn sie unzulänglich sind.

Von Anfang an war das Community Action Program der umstrittenste Teil des Gesamtplans, zumal es auch finanziell den ersten Rang einnimmt. Die Ziele waren nur allgemein umrissen; fast jedes Programm, das von einer Gemeinde oder einer nicht auf Erwerb gerichteten Organisation für Leute, die des Lesens und Schreibens unkundig sind, und für Gruppen, die eine ungenügende schulische Ausbildung erhalten haben, eingerichtet wird, kann unter diese Art der Bundeshilfe fallen, die in den ersten zwei Jahren 90 Prozent, später 50 Prozent der Kosten übernimmt. Eine solche Aktion soll damit beginnen, daß sich in einer Gemeinde Arbeitgeber, Arbeitnehmer, Vertreter der Religionsgemeinschaften, philanthropische Kreise, Behörden und Vertreter der Armen zusammensetzen und einen Plan ausarbeiten. Daß sich hier Widerstände verschiedener Art erhoben, ist begreiflich. Man fürchtete, daß parteipolitische oder religiöse Beeinflussung, Gegensätze auf dem Gebiet der Arbeit in diesen Ausschüssen hervortreten könnten, die Behörden sahen einem Einbruch in ihre Zuständigkeiten entgegen. Aber das in Amerika seit dem Beginn der Republik bestehende System der checks and balances (Hemmungen und Gleichgewicht) scheint sich auch hier im allgemeinen zu bewähren. Die verschiedenen Richtungen finden sich meist auf einem mittleren Kurs zusammen. So ist es dem Head Start Program in New York, in dem 49 verschiedene Gruppen und Vertreter beteiligt sind, gelungen, 11 000 Kinder unter dem schulpflichtigen Alter in einem Jahresprogramm zu betreuen. Es wäre der Stadt unmöglich gewesen, eine so umfangreiche Aufgabe einer einzigen Organisation anzuvertrauen. Auch für die Kinder in den Reservationsgebieten, die den Indianern zugewiesen sind, ist ein solches Programm vorgesehen. Die Vertreter der Armen leisten wie alle anderen Mitglieder ihre Arbeit in den Ausschüssen ehrenamtlich. Bis zum Interview hatten sich 653 Ausschüsse gebildet.

Die Durchführung der von den Ausschüssen beschlossenen Programme liegt in den Händen der lokalen Behörden oder von privaten Wohlfahrtsorganisationen, die sich auf diesem Gebiet Ansehen erworben haben, etwa der YMCA (Young Men Christian Association), die in allen größeren Städten ebenso Heime unterhält wie die YWCA (Young Women Christian Association). Auch Religionsgemeinschaften werden mit einzelnen Projekten betraut.

Ein kleineres Programm ist VISTA (Volunteers in Service to America), das freiwillige Hilfskräfte für administrative Zwecke ausbildet, z. B. zur Besserung der Lebensverhältnisse der Wanderarbeiter, die alljährlich oft mit ihren Familienangehörigen von Mexiko, Puerto Rico und den Südstaaten der USA bis hinauf zur kanadischen Grenze bei der Erntearbeit aushelfen, häufig unter Bedingungen, die eines so reichen Landes unwürdig sind. Auch die Ausbildung von Erwachsenen, die nicht lesen und schreiben kön-

nen, soll durch sie gefördert werden. Insbesondere im Süden gibt es viele Weiße, deren Lebensstandard sich von dem der Neger nicht unterscheidet. Die Sorge für sie ist bei dem seit einigen Jahren sich steigernden Bestreben, die Lage der Neger zu verbessern, vernachlässigt worden. Auch family planning, d. h. Beratung für Geburtenkontrolle, ist gegen manche Widerstände in den Kampf gegen die Armut einbezogen worden.

Eine Konferenz der Bürgermeister der Großstädte hat im Januar 1966 die verschiedenen Pläne gebilligt und damit Einwendungen zurückgewiesen, daß die neuen Organisationen einen Eingriff in die lokale Selbstverwaltung darstellten.

Ueber den Umfang der finanziellen Aufwendungen des Kampfes gegen die Armut jeweils am Ende des Rechnungsjahres (30. Juni) wird mitgeteilt (in Millionen Dollar):

	1965	1966 (geschätzt)	1967 (geschätzt)
Community Action Program . .	49	491	735
Job Corps	54	240	355
Neighborhood Youth Corps . .	51	245	275
Work Experience Program . .	21	130	160
Rural Loans (Darlehen an bedürftige Farmer)	19	35	38
VISTA (administrative Hilfe) .	1	14	23
Hilfe für die Wanderarbeiter .	1	24	30
Hilfe für Illiteraten	4	20	30
Allgemeine Verwaltungskosten .	5	11	17
Zusammen	205	1210	1673

Dr. Robert Adam, München